

## Redemanuskript Haushaltsrede 2020

von Ingo Thaidigsmann Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lindenfels

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Günter Wöhe der Papst der Betriebswirtschaft beschreibt Planung als „die gedankliche Vorwegnahme zukünftigen Handelns durch Abwägen verschiedener Handlungsalternativen und Entscheidungen für den günstigsten Weg.“ Planung bedeutet also das Treffen von Entscheidungen, die zukunftsgerichtet sind. Planung ist somit zukunftsbezogen, denn sie soll zukünftige Ereignisse gestalten und künftiges Handeln vorwegnehmen.

Nichts anderes wird von uns verlangt, wenn wir heute über die Haushalt 2020 abstimmen. In der Definition von Wöhe spielt das Wort Zukunft die entscheidende Rolle. Die Zukunft ist nicht exakt vorhersehbar. Deshalb muss man bei der Planung Annahmen treffen. Welche Entwicklungen treten ein, wie sind die Erfahrungen/Zahlen aus der Vergangenheit, welche Maßnahmen wollen selbst treffen? Genau wissend, dass nichts so ungewiss ist, wie die Zukunft.

Deshalb nützt es auch nichts, die Planung einfach in die Zukunft zu setzen. Man hat dann zwar vielleicht erste Ergebnisse, aber immer noch keinen Plan.

In der Haushaltspolitik bin ich gerne für einen eher konservativeren Ansatz, und das hat der Magistrat mit seinem Haushaltsentwurf auch getan. Er folgte der guten kaufmännischen Regeln die Risiken möglichst hoch und die Erträge möglichst niedrig anzusetzen. Letzteres auch aus dem mehr als misslichen Umstand heraus, dass die Landesregierung auf der einen Seite fordert, dass bis zum Jahresende die Haushaltspläne der Kommunen vorliegen sollen, auf der anderen Seite aber selbst nicht willens oder in der Lage ist, die Vorgaben so rechtzeitig zu verabschieden, dass in den Kommunen eine gesetzestreue Behandlung möglich ist. Erst im Laufe der Beratungen kamen von der Landesregierung die Einnahmezahlen, mit denen wir zu planen haben und konnten wir im Verlauf der letzten 6 Wochen die Einnahmeseite deutlich nach oben anpassen.

Auf der anderen Seite haben wir in den Fraktionen und letztlich dann auch im HFA weitere Einsparvorschläge gesucht und teilweise auch gefunden. Diese Punkte sind in die Änderungsliste mit eingeflossen, so dass eine noch deutlichere Erhöhung der Grundsteuer B nicht nötig geworden wäre.

Eine Information die wir in der SPD-Fraktion und schließlich auch im HFA eingefordert hatten, hat diese positive Entwicklung jedoch zerschlagen: Wir haben von der Verwaltung eingefordert, verlässliche Zahlen von den Kirchenverwaltungen zur Entwicklung des Aufwands in den Kindergärten zu erhalten. Zielsetzung war es, hier deutliche Mittel ab zu planen, da wir eine Kostensteigerung von rund 340 T€ bei wachsenden Zuschüssen von 120 T€, also netto rund 220 T€ von 2018 auf 2019

reduzieren wollten. Die Daten, die dann die Kirchenverwaltung lieferten waren ernüchternd: Noch einmal 130 T€ mehr werden für das Jahr 2020 veranschlagt, da nützen auch die 40 T€ die wir aus dem Programm „Starkes Hessen“ einrechnen können wenig. Insgesamt heißt dies, dass wir rund 310 T€ mehr für die Kindergärten ausgeben müssen, als vor der Landtagswahl.

Das ist das Muster der Schwarz-Grünen Landesregierung seit Jahren: Sie versprechen die Wohltaten, die Kommunen müssen sie zahlen und am Schluss dann doch von den Bürgern wiederholen. Das ist wie bei der Beteiligung der Bürger an den Renovierungskosten der Straßen: Schwarz-Grün verspricht, die ehrenamtliche Politik vor Ort muss sehen, wo sie das Geld für diese Wohltaten herholt.

Die Abhängigkeit vom Land ist das wahre Übel in unserer Haushaltspolitik. Sie geben uns vor, mit was wir bei den Einnahmen rechnen können, und sie geben uns vor, für was wir das Geld ausgeben müssen. Mal sind es jahrelang nicht funktionsfähige Handys für die Feuerwehr, mal die Kindergärten. Alles sinnvolle Maßnahmen, aber das „wer bestellt, der zahlt“, wird auf den Kopf gestellt. Das Land bestellt, die Kommunen müssen es wieder reinholen und bezahlen muss es der Bürger über die kommunalen Steuern. Und da habe ich mich noch gar nicht ausgelassen, über die strukturelle Benachteiligung der ländlichen Räume durch diese Regierung.

Wir Sozialdemokraten stehen zu unseren Kindergärten. Bürgermeister Richter aus Bensheim hat vorgerechnet, dass eine Gruppe im Kindergarten zwischen 150 T€ und 170 T€ kostet. Da sind wir in Lindenfels im Schnitt. Die Landesregierung lässt sich für den teilweisen kostenlosen Kindergartenplatz abfeiern und wir Ehrenamtlichen müssen es uns von den Bürgern wiederholen.

Bei Summen wie diesen, nützt es uns auch wenig, wenn wir selbst sparsam bleiben. Die Personalaufwendungen steigen in diesem Haushaltsplan um 4,3 % zum Ist 2018. Das ist weniger als die Tarifierhöhungen der letzten beiden Jahre. Die Sachaufwendungen sollen gar um 3,1 % zum Ist 2018 gesenkt werden. In der HFA-Sitzung ist Kritik am angeblich mangelnden Sparwillen der Verwaltung geübt worden und nochmals eine Kürzung um 100 T€ gefordert worden. Dies würde dann eine Senkung auf den Stand von 2016 entsprechen. Bei allem Verständnis noch mehr einzusparen. Wenn wir bei den Sachkosten die Dinge wegnehmen, die wir überhaupt nicht oder nur langfristig beeinflussen können, wie die Erhöhung der Energiekosten, den Aufwand der Rechnungsprüfung, die notwendigen Aufwendungen für Wahlen, die Ersatzbeschaffung für die Einsatzkleidung der Feuerwehr und, und, und, und. Wie in jedem Privathaushalt auch, gibt es feststehende Ausgaben, sie machen die Mehrheit der Ausgaben aus. Und dann noch weitere 100 T€ einsparen wollen, heißt dies die Verwaltung faktisch handlungsunfähig zu machen. Wenn das das Ziel dieses Vorschlages ist, soll man es benennen.

Oder geht es gar nicht mehr um Inhalte, sondern nur noch um Populismus? Mit der Unterstellung: in der Verwaltung wird das Geld mit vollen Händen rausgeworfen? Wir werden deshalb die Anträge der Grünen zur globalen weiteren Einsparung von weiteren 98 T€ ablehnen, genauso wie die dann daraus sich ergebende Absenkung des Hebesatzes.

Wir begrüßen jedoch ausdrücklich den Vorschlag von Bürgermeister Helbig, nochmals im Rahmen des Konsolidierungsformats die Einsparmöglichkeiten in allen Haushaltspositionen durchzuforschen

und realistische Einsparmöglichkeiten zu finden. So wie die Grünen es machen wollen: wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass, so geht es nach meiner Auffassung nicht.

Die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer ist ausschließlich aus der Erhöhung der Aufwendungen für die Kindergärten zurückzuführen. Pro Punkt bei der Grundsteuer erlösen wir ca. 1.350 € (Michael: evtl. die genaue Zahl). Die 310 T€ Mehraufwendungen für die Kindergärten in den letzten beiden Jahren sind demnach ziemlich genau 230 Punkte. Wir erhöhen jetzt um 190 Punkte. Auf einen Inflationsausgleich für die gestiegenen Personal- und Sachaufwendungen können wir in diesem Jahr noch verzichten.

Die Anhebung der Grundsteuer ist für viele Bürger viel Geld. Deshalb haben wir in der SPD-Fraktion auch besprochen, dass wenn die endgültigen Abrechnungen der Kirchenverwaltungen vorliegen, wir evtl. Kostenreduzierungen versuchen werden, den Bürgern zurück zu geben. Aber, und das ist dann die Grundlage einer soliden Haushaltspolitik: erst dann. Wir werden weiter nichts versprechen, dass wir nicht halten können.

Dies gilt auch für die Senkung oder Abschaffung der sogenannten Strassenausbaubeträge, die in Wirklichkeit eine Beteiligung der Anlieger an den notwendigen Renovierungskosten der Anliegerstrassen sind. Wir haben dem Ansinnen der LWG/CDU zugestimmt, dies in den Investitionsplan für 2021 aufzunehmen. Ich betone dies bewusst: Das ist keine Entscheidung, den Anteil der Anlieger an den Renovierungskosten auf die Allgemeinheit zu verlagern.

Jetzt aber zu den Investitionen:

Wir haben uns im HFA sehr ausführlich mit dem Investitionsplan beschäftigt und gemeinsam die ein oder andere Maßnahme gestrichen, oder mit einem Sperrvermerk versehen. Ich will hier nicht auf alle Maßnahmen eingehen, das würde den Zeitrahmen sprengen. Auf eine jedoch schon:

Wenn man laufende Sachkosten einsparen will, heißt dies manchmal auch, dass man investieren muss. Jeder kennt das von Zuhause: Eine neue Heizung ist sparsamer als die Alte, kostet aber erst mal viel Geld.

So ähnlich verhält es sich auch mit den Immobilien unserer Stadt. Wir haben beschlossen, mit Fördermitteln dieses Bürgerhaus energetisch zu sanieren. Mit diesen Fördermitteln konnte jedoch nicht alles, was notwendig ist, gemacht werden, das war von vorneherein klar. Und jeder der ein älteres Haus hat, kennt das auch: Macht man das Haus erst mal auf, ergeben sich noch viele Dinge die ebenfalls gemacht werden müssen oder sollten, weil man eh gerade dabei ist. Oder beim Bild mit der Heizung zu bleiben: Wenn sich dann herausstellt, dass auch die Elektrik nicht mehr auf dem Stand der Technik ist, und deshalb auch hier eine Sanierung sinnvoll und notwendig ist, muss man entscheiden, ob man dies macht oder nicht.

Deshalb hat der Magistrat vorgeschlagen, mit den Mitteln der Hessenkasse in 2020 das Bürgerhaus Grund zu sanieren. Das ist keine Kostensteigerung wie der Antrag der Grünen unterstellt, sondern eine andere Grundlage.

Wir haben deshalb als SPD vorgeschlagen und dies findet sich auch auf der Änderungsliste aller Fraktionen wieder, dass diese Maßnahmenenerweiterung nicht einfach mit dem Haushalt beschlossen

wird, sondern erst einmal in den zuständigen Ausschüssen beraten werden soll. Es ist für mich selbstverständlich, dass hier entsprechende Pläne vorgelegt werden müssen, diese beraten und dann entschieden werden muss und natürlich gehört hier auch dazu, dass wir über den Fortschritt und den Aufwand der bisherigen Renovierungsschritte unterrichtet werden.

Wozu es hier einen extra Auftrag braucht, wie der Antrag der Grünen es nahelegt, ist nicht nachvollziehbar: Außer dem Ansinnen: Wir schmeißen mal ein bisschen mit Dreck, irgendwas wird schon hängenbleiben.

Die Investition in das Bürgerhaus sind wahrscheinlich sinnvoll, sie gegen die Investitionen in das Schwimmbad aufzurechnen unredlich. Wir Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, dass die Bürgerinnen und Bürger in einer Befragung der Sanierung unseres Schwimmbades zugestimmt haben. Wir stehen zu dieser Sanierung, im schon vor langer Zeit vorgelegten Zeitplan. Hier haben wir für 2020 im Investitionsplan Aufwendungen für die Planung von 50 T€ eingeplant. Die Verwaltung hat einen Antrag auf die Berücksichtigung im Swim-Programm der Bundesregierung gestellt. Jetzt schon einen Teil der Mittel aus der Hessenkasse für die Sanierung des Schwimmbades vorzusehen, heißt evtl. die Förderung für die Renovierung aus dem Swim-Programm zu gefährden. Das wäre schlicht unvernünftig.

Vernunft und Verantwortung für unsere Stadt sollten unser Handeln als Stadtverordnete prägen. Dieser Haushalt ist nicht perfekt, er beruht jedoch auf vernünftigen Annahmen und Schlussfolgerungen.

In die Zukunft können wir nur beschränkt sehen. Wir sollten den Haushalt so, wie im Ausschuss diskutiert und beschlossen, auch hier beschließen. Das entspricht unserer Verantwortung für Lindenfels.